

**Erklärung zum Frauenstreiktag vom 14. Juni 2021  
der IG Frauen im Gemeinderat // SPERRFRIST: 9. Juni 2021, 17:00 Uhr**

Geschätztes Präsidium  
Geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte

Vor zwei Jahren fand nach 1991 der zweite grosse Frauenstreik statt, an dem mehr als eine halbe Million Menschen die Gleichstellung von Frau und Mann, die Lohngleichheit bei gleicher Tätigkeit und eine angemessene Anerkennung von Frauenarbeit forderten. Dann kam Corona – und einmal mehr wurde uns allen bewusst, dass gerade Frauen in vielen der systemrelevanten Berufen arbeiten. Das heisst in Pflege, Betreuung, Verkauf, Reinigung, die weit davon entfernt sind, korrekt oder nur schon angemessen entlohnt zu werden. Ganz zu schweigen von der Care-Arbeit, die ebenfalls oft zusätzlich zur Lohnarbeit von Frauen übernommen wird und die ebenfalls weit entfernt ist von einer gebührenden gesellschaftlichen Anerkennung und finanziellen Entlohnung.

Gleichberechtigung ist ein Menschenrecht. Ausgangslage und Auftrag sind glasklar – erinnern wir uns an den Gleichstellungsartikel und nehmen die Verpflichtung ernst: «Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für ihre rechtliche und tatsächliche Gleichstellung [...]. Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.»

Tatsache ist, dass seit Einführung des Gleichstellungsgesetzes 1996 die Lohndifferenzen gestiegen sind. Tatsache ist auch, dass Frauen durch fehlende Strukturen bei der Kinderbetreuung daran gehindert werden, in grösseren Pensen im Arbeitsmarkt tätig zu bleiben, was wiederum einschneidende Folgen im Alter zeigt. Frauen erhalten im Schnitt rund ein Drittel weniger Rente als Männer. Es gibt also unverändert viel zu tun: Auch 2021 sind die Forderungen der Frauen immer noch nicht erfüllt. Und immer noch sind etwa alleinerziehende Frauen mit ihren Kindern unverhältnismässig stark von Armut betroffen.

Gerade Corona hat gezeigt, welchen essenziellen Teil die Frauen in der Gesellschaft leisten – um selbst in Notzeiten einen Zusammenbruch der Abläufe zu vermeiden. Die Forderungen nach einer angemessenen Entlohnung blieben ungehört. Gerade für die schon in normalen Zeiten sehr verantwortungsvolle und anspruchsvolle Arbeit in den Pflegeberufen. Ebenso wie eine entsprechende finanzielle Anerkennung des ausserordentlichen Einsatzes – der ja noch immer andauert.

Ein weiteres Thema stellt die Kinderbetreuung für berufstätige Mütter und gerade für alleinerziehende Frauen dar. Auch wenn es in der Stadt Zürich mittlerweile genügend Kinderbetreuungsplätze gibt, sind diese zu oft zu teuer – insbesondere für Familien aus dem Mittelstand. Dies verunmöglicht häufig, die Frauen als Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt zu halten. Dabei liegt die Kinderbetreuung noch immer mehrheitlich bei den Frauen, während gerade alleinerziehende Frauen aufgrund der Erziehungsarbeit kaum volle Pensen übernehmen können und ihre Kinder überdurchschnittlich oft von Armut betroffen sind.



Diese Armutsbetroffenheit der Frauen setzt sich dann oft im Alter mit geringfügigeren Renten fort – eine Ungerechtigkeit sondergleichen.

Es ist an der Zeit, dass die Gesellschaft erkennt, wie viel sie gewinnen kann, wenn sie Frauen nicht diskriminiert und alles daransetzt, um – in Bezug auf Beruf, Laufbahn, Familie – Frauen und Männer gleichzustellen und so eine gerechtere Gemeinschaft zu erschaffen.

SP Maya Kägi Götz  
078 812 50 77

GLP Isabel Garcia  
079 652 85 19

Grüne Monika Bättschmann  
076 399 57 04

EVP Claudia Rabelbauer  
044 400 12 86

SVP Maria del Carmen Señorán  
[mdcarmen.senoran@gmail.com](mailto:mdcarmen.senoran@gmail.com)

AL Natalie Eberle  
079 288 09 55

FDP Catherine Pauli  
079 707 54 21